

Inhaltliche Einführung

Selbstbestimmung ist das zentrale Thema unserer Zeit. Gleichzeitig gehen die Tendenzen sehr weit auseinander: während die Selbstbestimmung in aller Munde ist, wird die Diskussion über geschlossene Heime immer breiter geführt. Während die Gerichte Zwangsbehandlung untersagen, nehmen die Orte für Zwangsmaßnahmen zu: Forensik, Pflegeeinrichtungen mit geschützten Bereichen, Heime etc.

Von manchen Akteuren wird die Diskussion über die geschlossenen Einrichtungen als „verlogen“ erlebt, weil sich die Gemeindepsychiatrie letztlich der Schwierigsten doch entledigen würde, von anderen wird bestritten, dass das Recht auf Selbstbestimmung eingeschränkt sein könnte und jeder als Schutz gemeinte Zwang als Verstoß gegen die UN-BRK gewertet.

Die Anwendung von Zwang und die Unterbringung setzen voraus, dass zuvor alle Möglichkeiten der Hilfe ausgelotet wurden und ernsthaft nach dem Vertrauen und der Zustimmung zu einer Hilfe gesucht wurde. Der einzelne Leistungserbringer ist damit oft überfordert. Die zentrale Erkenntnis bedeutet, dass nicht einzelner Akteur verantwortlich für angemessene Hilfeerbringung ist, sondern der Verbund der Leistungserbringer in einer Region hat die Verantwortung zu übernehmen.

Diese aktuelle Debatte um die wirkungsvolle Vermeidung von Zwang und Gewalt führt daher zu den notwendigen Verbundstrukturen, wenn man es ernst meint mit der Verantwortung auch für die sog. „Schwierigen“.

In diesem Kontext laden wir Sie herzlich ein, mit uns in einen lebhaften Diskurs über die verschiedenen Facetten der Vermeidung von Zwang und Gewalt im Alltag und in den anstehenden gesetzlichen Regelungen einzutreten.

Organisatorische Hinweise

Anmeldung

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Die Anmeldung erfolgt per E-Mail/Fax mit dem beiliegenden Anmeldebogen oder ab dem 02.05.13 online unter www.bag-gpv.de bis zum **07.06.2013**. Dort finden Sie weitere inhaltliche Informationen, insbesondere zu den Arbeitsgruppen und zu den Referenten.

Tagungsgebühr:

Psychiatrieerfahrene/Angehörige: 20,-€
Teilnehmer aus BAG GPV-Regionen: 40,-€
Andere Teilnehmende: 80,-€

Die Tagungsgebühr wird vor Ort gezahlt. Bitte behalten Sie die Gebühr passend bereit.

Verpflegung

In der Tagungsgebühr sind Getränke und Snacks enthalten.

Unterkunftskontakt

Information zu Übernachtungsmöglichkeiten unter <http://www.stuttgart.de/tourismus>

Tagungsort

Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart
Für Autofahrer: Ein Parkhaus befindet sich direkt neben dem Rathaus. Ein weiteres ca. 200m entfernt. Das Leitsystem ist gut ausgeschildert.

Für Bahnfahrer: Ab Stuttgart Hbf (tief) nehmen Sie die S-Bahn S6 in Rtg. Stuttgart Schwabstraße und steigen Stuttgart Stadtmitte (1 Haltestelle) aus. Zu Fuß erreichen Sie nach ca. 600m das Rathaus.

Veranstalter

Bundesarbeitsgemeinschaft
Gemeindepsychiatrischer Verbände e.V.

Oppelner Straße 130

53119 Bonn

Fax: 0228 / 3907639

E-Mail: info@bag-gpv.de

www.bag-gpv.de



BAG GPV

Bundesarbeitsgemeinschaft
Gemeindepsychiatrischer Verbände e.V.

Fachtag

**Zwang vermeiden -
Verantwortung übernehmen -
Hilfen vernetzen**

**13./14. Juni 2013
in Stuttgart**

veranstaltet durch die

Bundesarbeitsgemeinschaft
Gemeindepsychiatrischer Verbände e.V.

Tagungsablauf

13. Juni 2013

12:00	Öffnung Tagungsbüro / Stehkafee	16:30 - 18:00	Parallel stattfindende AGs	09:45 - 10:15	Pause
12:45 - 13:15	Begrüßung Katrin Altpeter MdL, Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg Isabel Fezer, Sozialbürgermeisterin der Landeshauptstadt Stuttgart Manfred Lucha MdL, stellv. Vorsitzender BAG GPV	AG 1: Praxisworkshop: Beispielhafte Hilfeplanung in Grenzfällen zur Zwangsanwendung Moderation: Ulrich Krüger		10:15 - 11:45	Parallel stattfindende AGs
		AG 2: Individuelle ambulante Krankenhausbehandlung und integrierte Versorgung Moderation: Rainer Hölzke Referent: Nils Greve		AG 7: Praxisworkshop: Beispielhafte Hilfeplanung in Grenzfällen zur Zwangsanwendung (Fortsetzung) Moderation: Ulrich Krüger	
		AG 3: Praxisworkshop: Deeskalation im Alltag Moderation: Anja Appel, Bärbel Ilg-Tatzel		AG 8: Individuelle ambulante Krankenhausbehandlung und integrierte Versorgung Moderation: Rainer Hölzke Referentin: Dr. Barbara Bornheimer	
13:15 - 13:45	Fördern und Fordern statt Schützen und Sorgen? Wie sich gesellschaftliche Normen über Zwang und Selbstbestimmung für psychisch kranke Menschen in Rechtsprechung und Gesetzgebung niederschlagen Dr. Heinz Kammeier	AG 4: Behandlungsvereinbarung und Patientenverfügung/ Versorgungsvollmacht Moderation: Jessica Odenwald Referentin: Daniela Brandtner		AG 9: Praxisworkshop: Deeskalation im Alltag (Fortsetzung) Moderation: Anja Appel, Bärbel Ilg-Tatzel	
		AG 5: Rolle der Sozialpsychiatrischen Dienste Moderation: Dr. Klaus Obert Referenten: Dr. Jörg Kalthoff, Reinhard Möhrle		AG 10: Aktuelle Entwicklungen in den Ländern: Neufassung der Psychisch Kranken Gesetze Moderation: Matthias Rosemann Referenten: Jörg Holke, NN	
13:45 - 14:15	Kann Zwang schützen und nützen, Selbstbestimmung hingegen schaden? Wie sich das Recht auf Selbstbestimmung und die gesell. Verantwortung zum Schutz in der Psychiatrie entwickelt haben. Margret Osterfeld	AG 6: Praxisworkshop: Darf ich das? Muss ich das? Rechtliche Bewertungen von Alltagssituationen Moderation: Edwin Stille Referent: Prof. Konrad Stolz		AG 11: Wie wirken die Standards eines GPV gewaltmindernd? Moderation: Edwin Stille Referentin: Mechthild Böker-Schamhölz	
		18:00	Ende des ersten Fachtages	AG 12: „Beschützte Wohngruppen“ im vernetzten Hilfesystem Moderation: Friedrich Walburg Referenten: Doris Ayena, Dr. Michael Konrad	
14:15 - 14:45	Pause	18:30 - 20:00	Mitgliederversammlung der BAG GPV (gesonderte Einladung/Anmeldung)	11:45 - 12:30	Pause
14:45 - 16:15	Anders ging es wirklich nicht? Wie Zwang und Gewalt unser psychiatrisches Handeln bestimmen. Moderierte Rollenspiele mit Beispielen aus Alltag und Auditorium			12:30 - 13:00	Dafür brauchen wir einen GPV! Chancen durch verbindliche Zusammenarbeit Jessica Odenwald
			14. Juni 2013	13:00 - 13:30	Was ist zu tun? Aufgaben für die Zukunft Matthias Rosemann
16:15 - 16:30	Pause	09:00 - 09:45	PsychKG auf dem Prüfstand. Anforderungen an eine rechtsprechungssichere und der UN-BRK gerecht werdende Gesetzgebung in den Ländern Dr. Rolf Marschner	14:00	Ende der Fachtage